
Nachhaltig aus der Corona Krise!

Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform
Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher
Nachhaltigkeitspolitik





Inhalt

Nachhaltig aus der Corona-Krise!

Impulse aus der Arbeit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik

Präambel	S. 3
Einleitung	S. 4
Die Empfehlungen in der Übersicht	S. 5
1. Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch Wissenschaft untersetzen und wirksamer machen	S. 6
2. Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken	S. 9
3. Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken	S. 13
4. Empfehlungen für beispielhafte Transformationsfelder	S. 19
Quellen und Verweise	S. 23

Empfohlene Zitierweise:

wpm2030 - Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020).
Nachhaltig aus der Corona-Krise! Impulse aus der Arbeit der
Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 zur Stärkung deutscher
Nachhaltigkeitspolitik

Nachhaltig aus der Corona-Krise!

Impulse aus der Arbeit der wpn2030 zur Stärkung deutscher Nachhaltigkeitspolitik

Präambel

Mit dem vorliegenden Impulspapier „Nachhaltig aus der Corona-Krise!“ gibt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) der Bundesregierung Empfehlungen, wie die Bewältigung der Pandemie zur Stärkung von nachhaltiger Entwicklung beitragen und damit auch als Motor für ein Resilienzmanagement für die Zukunft dienen kann. Die Empfehlungen adressieren insbesondere die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS).

Die wpn2030 knüpft mit diesem Impulspapier an das wpn2030-Reflexionspapier von 2019 zur Weiterentwicklung der DNS¹ an und spricht sich nachdrücklich für die systematische Verbindung von Krisenbewältigung und Nachhaltigkeit aus, worauf neben anderen Stellen insbesondere auch die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hingewiesen hat.²

Eingeflossen sind unter anderem: Ergebnisse einer vierwöchigen Online-Konsultation der wpn2030 zur Corona-Pandemie mit insgesamt 75 Einzelbeiträgen (www.wpn2030.de/nachhaltig-aus-der-corona-krise); Beiträge und Inter-

views von Lenkungskreismitgliedern und weiteren Akteuren und Akteurinnen der wpn2030-Arbeitsprozesse und aus wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung; Abschlussberichte der wpn2030-Arbeitsgruppen sowie das wpn2030-Reflexionspapier von 2019 zur Weiterentwicklung der DNS; Stellungnahmen und Beiträge der wissenschaftlichen wpn2030-Trägerorganisationen (DKN Future Earth, IASS, SDSN Germany). Den weiteren Hintergrund der Ausführungen bildet eine erste Analyse durch die Geschäftsstelle der wpn2030 von wissenschaftlichen Papieren, relevanten Stellungnahmen und Positionspapieren einschlägiger Organisationen, beispielsweise jener, die Teil des „Forum Nachhaltigkeit“ des Bundeskanzleramtes sind. Diese umfassen bislang über 80 Einzelbeiträge.

Das vorliegende Impulspapier der wpn2030 speist sich – ganz im Sinne ihres Mandats als Plattform – aus teilweise eigenständigen Arbeitsprozessen, daher liegt ihm kein vollständiger Abstimmungsprozess im wpn2030-Lenkungskreis zugrunde.*

* Dieses Impulspapier gibt den Stand laufender Arbeitsprozesse und wissenschaftlicher (Teil-)Diskurse der Plattform wieder, deren Entwicklung und Inhalte transparent gemacht und dem weiteren Diskurs immer wieder zur Verfügung gestellt werden. Für die Politik werden kontinuierlich Handlungsempfehlungen von den beteiligten Akteuren abgeleitet (beispielsweise in Arbeitsgruppen), moderiert durch die Co-Vorsitzenden der Plattform und unterstützt von der Geschäftsstelle. Die Politik-Wissenschafts-Interaktion und deren strukturelle und qualitative Entwicklung ist eine gemeinsame Aufgabe von Wissenschaft, Politik und weiteren Gesellschaftsvertreter*innen, um die jeweiligen Kompetenzen für die Bewältigung von Krisen und Herausforderungen bestmöglich verfügbar zu machen.



Einleitung

Etliche Pandemien, wirtschaftliche und soziale Krisen hat die Menschheit bereits durchlebt – aber keine von ihnen ist mit der Corona-Krise in vollem Umfang vergleichbar. Charakteristisch für sie ist das immense Ausmaß an rasant ablaufenden und global parallel wahrnehmbaren Wechselwirkungen zwischen Systemen auf unserem Planeten und ihre möglicherweise existentiellen Auswirkungen auf jeden einzelnen Staat und jeden einzelnen Menschen. Die gegenwärtige Krise bringt den hohen Grad an Verbindung und Fragilität unserer gesellschaftlichen Systeme (wie etwa Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialsysteme) zum Vorschein, ebenso wie ihre engen Verflechtungen mit ökologischen Systemen. Die Corona-Krise erfasst Nachhaltigkeit in umfassender Weise. Sie betrifft die ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen in unterschiedlicher Form, verstärkt Einkommensungleichheit und reduziert vermutlich auch Teilhabe an politischen Prozessen. Begleitforschung sollte sich diesen Themen widmen, da Nachhaltigkeitsstrategien (weltweit) durch Corona auf neue „Startblöcke“ gesetzt werden.

Die bislang beispiellose Krise kann beispielhaft werden

Mit ihren vielfachen und existenziell bedrohlichen Wechselwirkungen ist die Krise ein Warnsignal, auch in Bezug auf die Dringlichkeit von nachhaltiger Entwicklung und folglich auch der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Die Erschütterung durch das Coronavirus ist eine Herausforderung für alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die Corona-Krise hat die Gesellschaft schon jetzt verändert. So beispiellos sie verglichen mit bisherigen Krisen ist, etwa der Ölkrise der 70er Jahre, der Finanzkrise von 2008 oder dem Ozonloch, der HIV-Krise der 90er Jahre oder Ebola, so beispielhaft kann sie für kommende Krisen im Anthropozän³ sein. Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder auch Bodendegradation, ebenso wie steigende Ungleichheiten und gesundheitlich wie sozial prekäre Lagen in auseinandertriftenden Gesellschaften: Nach allem, was wir heute wissen können, ist mit außerordentlichen, zerstörerischen Rückkopplungseffekten zwischen ökologischen und gesell-

schaftlichen sowie innerhalb von gesellschaftlichen Systemen zu rechnen.

Durch nicht nachhaltiges Leben und Wirtschaften können Krisen entstehen, die mit der Corona-Krise vergleichbar sind. Sie nimmt viele systemische Effekte solcher Krisen im Zeitraffer vorweg. Aus dieser Erfahrung gilt es zu lernen. Die Corona-Krise mahnt uns, konsequent nachhaltige Pfade einzuschlagen, um solche Krisen zu verhindern oder ihre Verläufe zu mildern.

Sie mahnt uns ferner, dass wir die „Tragödie von Langzeitzielen“ überwinden müssen, die dazu verführen, dringend nötige Maßnahmen zwar für die Zukunft in Aussicht zu stellen, aber nicht im Hier und Jetzt in Angriff zu nehmen. Die Offenheit des wissenschaftlichen Erkenntnishorizontes darf nicht dazu führen, bereits als notwendig erkannte Maßnahmen weiter in die Zukunft zu verschieben. Genauso sind die bereits bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse, etwa zum Klimawandel und zum Biodiversitätsverlust, und die damit verbundenen schrumpfenden Zeithorizonte in die Politikplanungen einzubeziehen. Nachhaltigkeit kann nur dann wirksam zur Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen beitragen, wenn sie rechtzeitig umgesetzt wird. Nachhaltigkeit in räumlicher und zeitlicher Dimension zu denken und umzusetzen ist daher das Gebot der Stunde. Aufmerksamkeit und konkrete Maßnahmen für eine systemische und strukturell wirkende Vorsorgeorientierung dürfen nicht länger durch einen isoliert-temporären Fokus auf einzelne Krisenherde ausgehebelt werden.

Und nicht zuletzt wird immer deutlicher, dass das Konzept der Nachhaltigkeit entgegen seiner ursprünglichen Idee der Verstetigung und des Überdauerns heute stärker mit dem Effekt disruptiver Veränderungen umzugehen hat und solche Veränderungen womöglich sogar selbst für eine stetige Verwirklichung von Nachhaltigkeit ins Feld geführt werden müssen. Die Corona-Krise fordert dazu auf, wie jedes disruptive Ereignis, Strukturen zu hinterfragen. Sie ist in vielem eine Grundlagenkrise und ihre Bewältigung wird Jahre in Anspruch nehmen: Das wird Zeit und Mittel kosten, die knapp sind, um die nötigen

Transformationen wie etwa zum Klimawandel anzugehen und die daher jetzt nachhaltig ausgerichtet sein müssen.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ins Zentrum des Regierungshandelns rücken

Die DNS gilt es vor dem Hintergrund der Pandemie-Bewältigung entsprechend weiterzuentwickeln und ins Zentrum des Regierungshandelns zu rücken. So kann die DNS langfristig zentral zur gesellschaftlichen Krisenfestigkeit beitragen und Nachhaltigkeit zum Leitfaden von Regierungsführung und zur Orientierung des Handelns aller in unserem Land machen. Dabei muss die DNS aktiv die globalen Systemabhängigkeiten und Rückkopplungseffekte sowie die sozial-ökologischen Interdependenzen adressieren, denn steigende Armut sowie Hunger und Klimawandel bedingen einander. Genauso können pandemiebedingt unterbrochene Lieferketten und im Fol-

genden eine Strategie der Fokussierung auf eine stärker regionalwirtschaftliche Kreislaufwirtschaft in Deutschland beispielsweise in anderen Regionen der Welt zu sozial und ökonomisch prekären Lagen in vorher potenziell mitgestalteten Wertschöpfungsketten führen.⁴

Angesichts dieses Befundes empfiehlt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 der Bundesregierung, zum einen mit nachhaltigen Mitteln aus der Krise zu kommen und zum anderen im Lichte der Corona-Krise ihre Nachhaltigkeitspolitik – insbesondere mittels der DNS – auszubauen, mit zeitnahe und gleichzeitig zukunftsfähigem Handeln zu verbinden und zum Haltepunkt für die von allen Seiten angestrebte gesellschaftliche Krisenfestigkeit zu machen. Nachhaltigkeit und Resilienz bedingen einander und sollten in der DNS strategisch integriert werden.⁵

Dafür gibt die wpn2030 der Bundesregierung folgende Empfehlungen:

1. Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch die Wissenschaft stärken

- 1.1 Einen wissenschaftlichen 360°-Krisen-Scan als Vorausschau und Wirksamkeitsprüfung in der Politik einführen
- 1.2 Das Science-Policy-Interface ins Zentrum der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie rücken

2. Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken

- 2.1 Resilienz und Nachhaltigkeit über die DNS zusammenführen
- 2.2 Vorsorge in der DNS stärken und Daseinsvorsorge durch die DNS unterstützen
- 2.3 Breites Innovationsverständnis in der DNS verankern
- 2.4 Neustart jetzt in Richtung Nachhaltigkeit nutzen

3. Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken

- 3.1 Die Gestaltungsfunktion der DNS stärken
- 3.2 Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene einführen, um Potenziale der DNS besser zu nutzen
- 3.3 Föderale Dynamiken durch die DNS nutzen und Multi-Stakeholder-Initiativen fördern
- 3.4 Komplementarität des European Green Deal und der DNS nutzen
- 3.5 Internationale Dimensionen stärken

4. Empfehlungen für beispielhafte Transformationsfelder

- 4.1 Transformationsfeld „Arbeit“
- 4.2 Transformationsfeld „Digitalisierung“
- 4.3 Transformationsfeld „Konsum und Produktion“
- 4.4 Transformationsfeld „Mobilität“

Empfehlung 1

Systemisches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeitspolitik durch die Wissenschaft stärken

Die Corona-Krise mit ihren tiefgreifenden Konsequenzen und Wechselwirkungen hat verdeutlicht, wie sehr es für ihre Bewältigung auf systemisches Denken⁶ und Handeln ankommt – und wie sehr diese auf Wissen zu Ursachen, Zusammenhängen und auf Vorausschauen basieren.⁷ Insofern ist unsere Gesellschaft für ihre Anpassungsfähigkeit an systemische Krisen wie Corona oder die drohende Klimakrise auf eine neue Qualität der Bündelung von System-, Orientierungs- und Transformationswissen angewiesen.⁸ Dafür ist Wissenschaft in hohem Maße gefragt – und dabei auch, sich selbst und ihren Einfluss auf das gesamte System der Mensch-Umwelt-Interaktion zu reflektieren und Veränderungen im Wissenschaftssystem und in der Wissenschaftspolitik anzustoßen.⁹

Für die Bewältigung der Corona-Krise erweist sich ein gutes Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik als grundlegend. Dieses ist genauso konstitutiv für die Übersetzung der SDGs in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) – um zum einen Forschungsergebnisse zu generieren, die gewonnenen Erkenntnisse kritisch reflektierend zu erläutern und zum anderen in der Politik aufzunehmen, ihre Schlussfolgerungen dem Diskurs zu stellen und in politisches Handeln umzusetzen. Dafür gilt es, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Rahmen der DNS weiter zu stärken.

1.1 Einen wissenschaftlichen 360°-Krisen-Scan als Vorausschau und Wirksamkeitsprüfung in der Politik einführen

Wissenschaftliche Kontextbetrachtungen von gesellschaftlichen Herausforderungen auf Basis aktueller und historischer Erfahrungen sollten in höherem Maße als bisher politischen Maßnahmen als Orientierung zur Verfügung stehen. Ebenso gilt es, für die Vorausschau von politischem Handeln beziehungsweise Nicht-Handeln wissenschaftliche Diskurse stärker zu setzen und mit einzubeziehen.

Dies ist grundlegend, um mögliche Vorbereitungen auf eine Bewältigung potenzieller systemischer Krisen besser planen und steuern zu können. Dies benötigt eine effektive Governance-Struktur zwischen Politik und Wissenschaft sowie Gesellschaft, um einen „360°-Krisen-Scan“ zu ermöglichen.

Die Corona-Krise ist ein akutes Beispiel für die systemische Natur gegenwärtiger globaler Krisen¹⁰ und damit auch für die Relevanz von wissenschaftlicher Kontextbetrachtung und Vorausschau – nicht zuletzt hinsichtlich der seit einigen Jahren laufenden internationalen Diskussionen zu neuen Infektionskrankheiten (Emerging Infectious Diseases, EID), die zu zwei Dritteln zoonotischer Natur sind, d. h. von Tieren auf Menschen übertragen werden bzw. umgekehrt.¹¹ Die Risiken durch die auf dem Vormarsch befindlichen EIDs sind nicht isoliert zu verstehen. Sie hängen mit Entwicklungen wie der Biodiversitätskrise und dem Klimawandel direkt und indirekt zusammen.¹²

Eine Trennung von Gesundheit und „Umweltthemen“ wie dem Klimaschutz ist längst nicht mehr

aktuell. Tatsächlich stehen systemische Kopplungen von ökologischen und soziotechnischen Dynamiken zunehmend im Zentrum gegenwärtiger Forschung. Damit wird auch klar, dass Nachhaltigkeit nicht allein für Fragen einer effektiven Krisenbewältigung ins Spiel kommt, sondern auch im Hinblick auf ein besseres Verständnis der Ursachen einer Pandemie wie Corona. Der Erhalt widerstandsfähiger Naturräume, die Stabilisierung regionaler Ökosysteme sowie auch der globale Klimaschutz sind neben der grundlegend notwendigen Bekämpfung von Armut und Hunger u. a. in einer Welt nach der Corona-Pandemie eine wesentliche und vergleichsweise günstig zu bekommende Vorsorge gegen ruinöse Pandemien. Konsequenter Klima- und Artenschutz bedeuten also auch effektiver Gesundheitsschutz.¹³ Das zeigen neue Konzepte in der Gesundheitsforschung wie „One Health“ und „Planetary Health“, die dem Umstand des elementaren Zusammenhangs zwischen Tier-, Umwelt- und menschlicher Gesundheit bereits Rechnung tragen.¹⁴ Die SDGs adressieren die dafür notwendigen interdependenten Handlungsfelder und bilden damit den strategischen Orientierungsrahmen.¹⁵ „One Health“- oder „Planetary Health“-Ansätze sind etwa auf eine solche Zusammenschau angewiesen. Der Rahmen der SDGs ist durch die DNS noch weiter zu stärken, um ihn konsequenter als bislang in den einzelnen Anwendungsfeldern der Ressorts zu nutzen.



„Die Bundesregierung befindet sich aktuell in der Aktualisierung ihrer Strategie für globale Gesundheit von 2013, in der eine Verzahnung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung vorgenommen werden könnte. Eine Strategie für die öffentliche Gesundheit in Deutschland selber liegt bislang weder vor, noch ist sie geplant. Der European Green Deal, der u.a. Themen der planetaren Gesundheit adressiert, spricht an einzelnen Stellen auch Gesundheitsziele an, klammert aber den Transformationsbereich ‚human well-being and capabilities‘ bislang aus. Insgesamt sind die Gesundheits- und Nachhaltigkeitsdiskurse sowie die entsprechenden Konzepte und Strategien vergleichsweise schlecht miteinander verbunden.“¹⁶ (SDSN Germany)

Bei vielen auch systemischen Krisen entfällt anders als bei der Corona-Pandemie die (kollektive) Erfahrung von Krise oder gar Panik. Insofern muss die Motivation, dennoch zukunftsorientiert zu handeln, aus weiteren Quellen als der der Wahrnehmbarkeit gespeist werden, insbesondere durch wissenschaftliche Vorausschau.¹⁷ Diese Problemsituation ist nicht neu. In Zeiten des Anthropozäns¹⁸ ist ein erfolgreicher Umgang mit dieser Problemsituation allerdings Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit und Resilienz geworden. Genauso gilt es, die Erfahrungen der Selbstwirksamkeit der Bürger*innen während der Corona-Krise im Zusammenhang mit wissenschaftlichen und präventiven Strategien sowie deren interaktive Strategien weiterzuentwickeln. Darin liegt ein großes Potenzial für die Förderung resilienter Gesellschaften „von innen heraus“, der Nutzung der in der Gesellschaft verankerten Kompetenzen und Potenziale. Diese Potenziale können zugleich für die Anwendung auf langfristige Ereignisse wie den Klimawandel oder die Bekämpfung einer vorschreitenden gesellschaftlichen Ungleichheit angewandt werden.¹⁹



„Gleichzeitig wurden in Deutschland und in anderen Ländern politische Maßnahmen mit dem Rat der Wissenschaft begründet und wenn nötig, angepasst. So wurden gleich mehrere Resilienzfaktoren der Psyche angesprochen: Selbstwirksamkeitsüberzeugung, also das Gefühl, mit dem eigenen Handeln gezielt Einfluss auf die Dinge und die Welt nehmen zu können, die eigene Problemlösekompetenz und Selbststeuerungsfähigkeit. Der vielleicht zentralste Faktor ist aber die Partizipation – die Beteiligung und vielleicht sogar Mitwirkung an den Geschehnissen, die durch diese transparente Kommunikation zumindest ansatzweise transportiert wurde.“²⁰ (Jörg Fegert, Vera Clemens)



1.2 Das Science-Policy-Interface ins Zentrum der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie rücken

Um wissenschaftliche Kontextbetrachtung und Vorausschau besser ins politische Handeln einzubinden, sollte das Science-Policy-Interface ins Zentrum der DNS gerückt werden.²¹ Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist für die Agenda 2030 und die DNS systematisch in die Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozesse eingebunden, um die Debatte über die Nachhaltigkeitspolitik wissenschaftlich fundiert bearbeiten zu können.²² Für eine weiterentwickelte DNS sollte das noch stärker die Bearbeitung aufkommender Themen und eine wissenschaftliche Vorausschau für Krisen wie auch neuer Möglichkeitsräume umfassen.

Zugleich bleibt die wpn2030 weiterhin ein kontinuierlicher und für alle Akteur*innen offener wissenschaftlicher Begleitprozess für Transformationen und sie sollte neben den bestehenden Begegnungsräumen für Beiräte auch für thematisch fokussierte Plattformen sowie Forschungsprogramme für Nachhaltigkeitsfragen genutzt werden. In Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik sollte die DNS die verschiedenen Strategien der Bundesregierung zu-

sammendenken und zukünftig noch stärker dazu beitragen, diese dadurch auch politisch besser zu vernetzen und wirksamer zu gestalten.

Auf der Seite der Wissenschaft sollten Prozesse verstärkt unterstützt werden, die die Konsequenzen von Krisen wie der Corona-Pandemie reflektieren und Neuausrichtungen, thematisch wie methodisch, in der Wissenschaft sowie in der Wissenschaft-Politik-Interaktion mit anstoßen. Mit Bezug auf die Voraussetzungen erfolgreicher wissenschaftlicher Politikberatung ist zudem eine „Neuausrichtung wissenschaftlicher Anreizsysteme um gesellschaftsorientierte, trans- und interdisziplinäre sowie auf nachhaltige Entwicklung fokussierte Arbeit zu würdigen“ und weiter voranzutreiben.²³

Die Empfehlungen aus dem Beirätedialog 2019 sollten aufgegriffen und umgesetzt werden. Das umfasst beispielsweise die Interaktion der Beiräte mit den für sie zuständigen Ressorts, die Aufnahme deren Ratschläge und Fortentwicklungen für ein effektives Interface-Design, deren Ausstattung oder die Kommunikation ihrer Ergebnisse.²⁴

Empfehlung 2

Krisenfestigkeit durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stärken

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ist prinzipiell als ein Instrument angelegt, das eine systemisch agierende Politik, auch mit europäischer und internationaler Perspektive, fördert und somit auch die Widerstandsfähigkeit hinsichtlich Krisen wie Corona. Allerdings: Die DNS ist konzeptionell wie politisch noch nicht ausreichend anschlussfähig für die Herausforderungen von Pandemien im Besonderen und von systemischen Krisen im Allgemeinen. Dies zeigt nicht nur die laufende Pandemie auf, sondern auch der beschleunigt fortschreitende Klimawandel. Sie muss insbesondere auch die zeitliche Dringlichkeit politischer Maßnahmen stärker einbeziehen, um der Tragödie von Langzeitzielen, d. h. der zeitlichen Verschiebung der in Inangriffnahme ehrgeiziger Ziele, zu begegnen. Genauso ist eine ambitionierte Übersetzung der SDGs in die DNS teilweise noch immer ausstehend.²⁵

Dieser Befund betrifft sowohl die genannte strategische Vorausschau als auch den erfolgreichen Umgang, deren Folgen und nächste, systemhafte Veränderungen: durch die Erderwärmung, durch Ungerechtigkeit – auch in ihren Konsequenzen für Fluchtursachen –, durch Verhinderung von Teilhabe, durch Raubbau und Zerstörung der Biodiversität, durch mangelnde Gesundheitsvorsorge oder durch umfassende Folgen etwa mehrerer Dürrejahre.²⁶ Es gilt also die von der Bundesregierung ohnehin geplante Weiterentwicklung der DNS jetzt zu nutzen, um sie in ihren konzeptionellen Bausteinen, in der Nachprüfbarkeit ihrer Umsetzung sowie in ihrer zeitlichen Konkretisierung so weiterzuentwickeln, dass sie tatsächlich zur Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft beitragen kann.

2.1 Resilienz und Nachhaltigkeit über die DNS zusammenführen

Die Corona-Pandemie offenbart die Verletzlichkeit unserer gesellschaftlichen Systeme auf drastische Weise. Folglich sollte Resilienz politisch wie auch wissenschaftlich mit Nachhaltigkeit noch enger verknüpft werden und dabei das interdependente Leben und Überleben auf dem Planeten und den politischen Kanon der SDGs zusammenbringen.

„Im Hinblick auf Resilienz muss die Funktionalität kritischer Ökosystemdienstleistungen auch dann

gewahrt bleiben, wenn das System unter Stress steht. Im Hinblick auf Nachhaltigkeit sollen menschenwürdige Lebensbedingungen für gegenwärtige und zukünftige Generationen“ entwickelt werden und, wo bereits gegeben, erhalten bleiben.²⁷ Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sollte als Ort genutzt werden, um diesen Austausch zwischen Resilienz und Nachhaltigkeit in Deutschland, Europa und weltweit voranzubringen und in seiner Temporalität zu präzisieren.



„Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) geht implizit weitgehend von einer graduellen Transformation ohne größere Störung aus. Dies ist nachvollziehbar und für die Zielsetzung in erster Ordnung auch sinnvoll. Für eine Weiterentwicklung der DNS im Hinblick auf eine bessere Zukunftsfähigkeit sollten u. E. Risiken durch Extremereignisse und deren Einwirkungen auf natürliche und sozioökonomische Systeme stärker berücksichtigt werden, so dass eine risikobewusste Strategie (risk aware development strategy) entwickelt werden kann. [...] Ziel einer Weiterentwicklung der DNS sollte daher sein, eine möglichst optimale gesellschaftliche Resilienz gegenüber diesen ‘Hazards’ zu erreichen.“²⁸ (Markus Reichstein)

Es gilt, die Zusammenhänge zwischen (Nachhaltigkeits-)Transformationen und Resilienz noch besser zu verstehen, auch jenseits der Beachtung von Extremereignissen.²⁹ Transformationen sind mehr als Implementierungsprozesse für vorab festgesetzte Ziele. Sie sind als krisenrobuste Mechanismen bzw. iterative Lernprozesse zu verstehen und durch konkrete, zeitnahe, möglicher-

weise auch unbequeme bis einschneidende Maßnahmen zu gestalten. Das schließt ein, durch Transformationen auf Möglichkeiten, die sich insbesondere immer wieder auch in Krisensituationen ergeben, zielgerichtet und zügig zu reagieren.

Die Corona-Pandemie hat einerseits bestehende systemimmanente Schwächen nochmals vertieft, von der Anfälligkeit globaler Liefersysteme bis zum sozialen Gefälle im Bereich der Bildungschancen.³⁰ Die Bundesregierung sollte die DNS nutzen, um die vielfältigen Warnsignale der Krise systematisch zu analysieren, aus der Analyse zu lernen und die DNS als zentrales strategisches Managementinstrument weiterzuentwickeln und im politischen Entscheidungs- und Sanktionierungsprozess zu verankern. Die Krise zeigt zudem aber auch, dass Kommunen die Orte der Umsetzung von Krisenmanagement sind. Ihre Funktionen und Strukturen dafür gilt es über die DNS und entsprechende Programme zu stärken. Nachhaltigkeits- und Resilienzmanagementsysteme sind hier aus- und aufzubauen. Erfahrungen, die in der Pandemie gewonnenen worden sind, sind grundlegend für die Weiterentwicklung einer gegenwarts- und zukunftsfähigen DNS.³¹ Auch das ist zu analysieren und für weitere Entwicklungen nutzbar zu machen.

2.2 Vorsorge in der DNS stärken und Daseinsvorsorge durch die DNS unterstützen

Vorsorge sollte der Maßstab für die gesellschaftliche Stabilität sein, insbesondere auch jetzt, bei der Bewältigung der Corona-Krise inter-/national.³² Die Abwehr unmittelbarer und akuter Gefahren und die Vorsorge gegen zukünftige Risiken sind zwei Seiten einer Medaille, unterscheiden sich aber im Hinblick auf ihre Rechtsfolgen wie beispielsweise eine zeitweise Einschränkung von Grundrechten.

Um das Vorliegen von Gefahrensituationen respektive die Anhaltspunkte für gebotene Vorsorge

begründet festzustellen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu bewerten, ist die Wissenschaft mit einzubinden. Zugleich gilt es, konsequenter als bislang Vorsorge operativ zu machen und Abhängigkeiten zu hinterfragen: resilientere Lieferketten und Kreislaufwirtschaft, regionalwirtschaftliche Entwicklung, auch in globaler Kooperation, Vorratshaltungen für Medizinprodukte, Eigenbedarfsquoten für strategische Bereiche wie Ernährung wären als beispielhafte Anwendungsfelder zu überprüfen und u. a. mit Beiträgen aus der Wissenschaft weiterzuentwickeln.



„Die Nachhaltigkeitsforschung bzw. der wissenschaftliche Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung ist und muss ein Wissenschaftszweig sein, der sich insbesondere der Vorsorge verschreibt, nicht der Nachsorge.“³³
(Busso Grabo et al. 2020)

Eine weitere Konsequenz der Corona-Pandemie ist, das Verhältnis zwischen staatlicher Daseinsvorsorge und Intervention einerseits, privatem Handeln und Verantwortung andererseits neu auszubalancieren. Staatliche Institutionen sollten die technischen Elemente der Daseinsvorsorge (Infrastrukturen) so steuern, dass in subsidiärer

Weise eine zielgerichtete Umsetzung gesellschaftlicher Verantwortung für eine nachhaltige Versorgung etwa mit Energie, Mobilität, Wohnraum, Gesundheit für den/die Einzelne/n möglich und Versorgungssysteme dort, und nur dort wo sinnvoll, mit den Entwicklungsmöglichkeiten des Marktes gekoppelt werden. Die Schnittstellen zwischen diesen Systemteilen sollten möglichst nach einem einheitlichen Konzept transparent gestaltet und einem fortwährenden Begründungszusammenhang ausgesetzt werden.³⁴ Gegenstandsbereiche der Daseinsvorsorge sollten anhand der Lehren von Corona durch die DNS systematisch mit den SDGs abgeglichen und bei Bedarf nachgesteuert werden.

2.3 Breites Innovationsverständnis in der DNS verankern

Innovationen spielen eine zentrale Rolle, um Strukturen resilient und nachhaltig zu gestalten.³⁵ Allgemein geht es daher weniger darum, in einzelnen Innovationen eine Lösung zu suchen, sondern Innovationen immer als Teil eines systemischen Transformationsprozesses zu begreifen, der das gesamte Spektrum der SDGs einschließen sollte.³⁶

Der systemisch-vorausschauende und umsichtige Blick der Nachhaltigkeit sollte noch stärker auf einzelne Innovationsbereiche angewandt werden. Denn anderenfalls droht, dass durch isolierte Betrachtungen und Umsetzungen Chancen verspielt werden, beispielsweise auch beim schnellen Wiederhochfahren wirtschaftlicher Aktivitäten, auch in Zukunftsfeldern wie etwa Wasserstoff oder Mobilität.

Erfolge in der Vergangenheit machen sich heute dort bezahlt, wo aktuelle Krisenerscheinungen besser durchgestanden werden. So sind beispielsweise Digitalisierung, eine interdisziplinäre Ausrichtung, branchenübergreifende und auch regionalwirtschaftliche Netzwerke, innovative und resiliente Kommunen, unternehmerische Flexibilität oder ein differenziertes Verständnis der

eigenen und latenten Stakeholder wichtige Stellenschrauben für ein krisenfestes und resilientes, sprich zukunftsfähiges und nachhaltiges Management von Produktions- und Konsumsystemen.

Dabei fußen nachhaltige (Produktions- und Konsum-)Systeme nicht allein auf technischer Innovation. Die Corona-Pandemie hat insbesondere auch die Bedeutung sozialer Innovationen unterstrichen. In vielen sozialen/gesellschaftlichen Initiativen steckt außerordentliches Potenzial, neue Wege im Umgang miteinander auch nach der Krise zu etablieren bzw. beizubehalten und die Gesellschaft zu stärken. Um das zu verstetigen, sollte neben finanziellen Mitteln, Ressourcenausstattung und anderen Fördermaßnahmen auch die Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen vorangetrieben werden, unter anderem zu Entstehungsprozessen und Wirkungen (sozialer) Innovationen für das gesamte Mensch-Umwelt-System.³⁷ Viele auch technische Innovationen beispielsweise im digitalen Bereich funktionieren nur dann, wenn sie lösungs- und bedarfsorientiert gedacht sind und die Ideen von Menschen abbilden. Folglich gilt es, technische Innovation so anzulegen, dass sie der Erreichung der

SDGs dienen, was eine Orientierung an gesellschaftlichen Herausforderungen erfordert.

Nur im Austausch und Miteinander lassen sich Lösungsansätze für hochkomplexe Themen finden und Empfehlungen im Sinne der Nachhaltigkeit für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft geben. Aufgabe der DNS ist es, ein Innovationsverständnis zu verankern und umzusetzen, das strukturell auf allen Ebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns so-

ziotechnische Innovationsaktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit fördert. Innovationen sind dabei kein Selbstzweck, sie benötigen Orientierung und müssen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bieten. Orientierung bieten die SDGs. Die DNS sollte sich daher im Hinblick auf den Dialog über Innovationen ressortübergreifend in der Politik, interdisziplinär in der Wissenschaft, offen für das nachhaltige Wirtschaften und in Interaktion mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen stärker einbringen.

2.4 Neustart jetzt in Richtung Nachhaltigkeit nutzen

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist für einen Neustart Richtung Nachhaltigkeit und Krisenfestigkeit zu nutzen und durch einen zeitnahen Abbau von direkten und indirekten Subventionen klimaschädlicher fossiler Energieträger zu ergänzen.³⁸

Es ist zu begrüßen, dass die umfangreichen Mittel im Konjunkturpaket neben notwendigen kurzfristigen Unterstützungsgeldern auch in längerfristige Zukunftsfragen investiert werden sollen.³⁹ Und mit dem zu erwartenden ökonomischen Schub ergibt sich eine gleichsam historische Verantwortung. Es gilt insbesondere den Fokus zu richten auf: Entfossilisierung, den Aufbau einer klima- und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft und den damit verbundenen Lebensstilen und Konsummustern, dafür u. a. eine nicht zuletzt auch gesundheitsfördernde Mobilität, die Ertüchtigung des Gesundheitssystems und die Prävention durch einen „One-Health-Ansatz“ sowie einer nachhaltigen und biodiversitätsfördernden Landwirtschaft und Ernährungsweise.⁴⁰

Die kürzlich verabschiedete EU-Regulierung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (EU-Taxonomie)⁴¹ bietet eine konkrete Aufzählung von Kriterien für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten, an denen

sich die Politik / die Bundesregierung orientieren sollte. In Sektoren, die nicht oder noch nicht von der Taxonomie erfasst sind, sollte die Bundesregierung verbindliche Nachhaltigkeitsziele im Rahmen von Förder- und „Rettungsmaßnahmen“ fordern und nachhalten. Dafür ist eine Analyse hinsichtlich bestehender Lücken ohne Scheuklappen vorzunehmen, denn nicht alle für eine resiliente Gesellschaft relevanten Transformationsbereiche sind bereits politisch hinreichend verankert, um zum Gegenstand förderfähiger Konjunkturpakete beziehungsweise Zukunftsinvestitionen zu werden.

Und selbst wenn Nachhaltigkeitstransformationen durch das umfassende Konjunkturpaket in wichtigen Bereichen nicht konterkariert, sondern befördert werden, bleibt noch ein ökonomisches und damit auch nachhaltigkeitsrelevantes Hauptproblem, nämlich Kosten und Nutzen gerecht zu verteilen. Auch das ist eine jener grundsätzlichen Fragen wie jene zu Resilienz, Vorsorge oder Innovation, die durch die DNS aktiv und vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit politisch adressiert werden sollte. Vergleichbares gilt für Fragen zu Effizienz, Konsistenz und Suffizienz, die als Bestandteile einer Nachhaltigkeitsstrategie stärker herauszuarbeiten sind – weil ein „Neustart“ auch neue Perspektiven eröffnen sollte.⁴²

Empfehlung 3

Politische Relevanz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stärken

Hinsichtlich ihrer politischen Durchschlagskraft bleibt die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) weit hinter den Ambitionen ihrer gesellschaftlichen Unterstützer*innen und den eigenen, politischen Erwartungen der Bundesregierung zurück. Sie schöpft das Potenzial, zur Krisenfestigkeit beizutragen, nicht voll aus. Dieser Befund ist nicht neu. Deshalb sollte die Corona-Krise zum Anlass genommen werden, Strukturen und Prozesse der DNS grundlegend zu überdenken – und zwar hinsichtlich des gesamten Inventars der Governance, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, präzise wie verpflichtende zeitliche Meilensteine zu setzen.⁴³

Die DNS sollte zu einer die zeitliche Dimension mitberücksichtigenden Strategie weiterentwickelt und damit stärker als bisher als ein pro-aktives Instrument für das Auflegen von politischen Programmen und Aktionsplänen genutzt werden. Sie soll gestalten können und ihre Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene wirksam wahrnehmen, um die DNS zu befähigen, föderale Dynamiken für Nachhaltigkeit anzustoßen und auszuschöpfen und ihre strategische Einbindung in internationale und multilaterale Politik zu verbessern. Dabei sollten auch die zeitlichen Rhythmen von Nachhaltigkeitsstrategie und politischen Schlüsselprozessen besser miteinander abgestimmt werden sowie der Fokus auf Schlüsseltransformationen und übergreifende Hebel gelenkt werden.⁴⁴

3.1 Die Gestaltungsfunktion der DNS stärken

Die Nachhaltigkeitspolitik muss gerade jetzt in der Bewältigung der Corona-Krise „vor die Welle kommen“ und dafür gilt es, ihr eine Funktion bei der Gestaltung politischer Prozesse zu geben.⁴⁵ Bisher bilanziert die DNS Ziele und Maßnahmen mit Hilfe von Indikatoren. Das soll beibehalten werden, es ist eine wichtige politische Funktion, die hart erarbeitet worden ist.

Anzuraten ist allerdings, die Indikatoren generell so zu definieren, dass ihre Relevanz in der Lebenswirklichkeit der Menschen deutlich wird und auch die SDG Unterziele tatsächlich ambitioniert spiegeln. Hierzu wären die sinnvollsten Indikatoren zu benennen und, wenn noch nicht belegbar, den Weg dorthin zu definieren (von verfügbaren Daten bis für die Zielsetzung notwendigen Da-

ten). Den bestehenden Indikator in der DNS zu nachhaltiger Mobilität „erfährt“ beispielsweise niemand im täglichen Leben,⁴⁶ die Indikatoren Ökolandbau oder das 30 Hektar-Ziel hingegen schon. Der erstere bleibt noch unwirksam, auf die letzteren reagieren Markt und Konsument*innen. Auch SDG 3 zu Gesundheit muss wesentlich strategischer und in seiner Systemabhängigkeit zu anderen SDGs klarer in die DNS eingebunden werden.⁴⁷

Es ist eine strategische politische Herausforderung, das Management der DNS, die Berichterstattung und Beratung so aufzustellen, dass sie nicht von scheinbar dringenderen Angelegenheiten von der Agenda verdrängt werden. Solche Verdrängungseffekte bringen akute politische

Handlungszwänge regelmäßig mit sich – also gerade dann, wenn ein Orientierungsrahmen wie die SDGs besonders nützlich ist, um Innovationen und Entwicklungen systemisch integrativ eine zukunftsfähige Richtung zu geben.

Ferner sollte die DNS durch einen Aktionskatalog unterstützt werden, der neue und experimentelle Vorhaben innerhalb und außerhalb der Bundesregierung benennt, die nicht zwingend an die Indikatoren gebunden sind (etwa weil es noch keine Dauerstatistiken gibt). Hier ist das Instrument der Reallabore und Living-Labs anzuwenden.⁴⁸ Die Nachhaltigkeitsbeauftragten der Ressorts sollten für diesen Zweck einen gemeinsamen Haushaltstitel erhalten, der vom Bundeskanzleramt verwaltet wird, für den sie im Wettbewerb Gebote abgeben können. Es wird empfohlen, das bestehende Instrument der „Leuchtturmprojekte“ fortzuentwickeln.

Zum bisherigen Management-by-objectives, also des Führens entlang vereinbarter Ziele, sollte eine Kultur-Governance (kulturelle Dimension, Sprache der Kunst, Kulturwandel, sogenannte „weiche“ Faktoren der Governance) in die DNS eingebunden werden, ebenso wie die Governance gemeinnütziger Netzwerke (insbesondere regionale Stakeholder, lokale und regionale Vernetzung, Koppelung von Nachhaltigkeits-Netzwerken, etwa zum Breitensport, genauso bei Sport- oder Kulturgroßereignissen, Nutzung von strukturierten Best-Practice-Prozessen). Der Unternehmens-Governance, die sich dem nachhaltigen Produzieren und Wirtschaften verschreibt, muss besondere Beachtung gelten. Für all das braucht die DNS dringend einen eigenen empirischen Zugriff (zum Beispiel zur Evidenz der realen Markt-

durchdringung mit nachhaltigen Produkten) und Handlungsansatz, um selbst Benchmarks für Best Practice zu setzen. Dies muss insbesondere auf der Handlungsebene vor Ort in den Kommunen entwickelt und umgesetzt werden und in eine Governance der Nachhaltigkeit eingebunden sein, die die Akteur*innen im Multi-Ebenen-System selbst ermächtigt zum nachhaltigen und resilienten Handeln. Die SDGs und die DNS sind hier das zentrale Instrument, um den Handlungen eine evaluierbare Zielrichtung zu geben. Starke Kommunen sind eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, und zwar nicht für sich stehend, sondern in kooperativer und gestaltender Interaktion und Innovation.⁴⁹

Die Bundesregierung verschiebt – aufgrund der Prioritäten der Pandemie-Bekämpfung – den Zeitrahmen für die Fortschreibung der DNS. Es sollte kein weiterer Zeitverzug riskiert werden. Die Fortschreibung 2020/21 muss jetzt ambitioniert umgesetzt werden. Sie sollte so beschleunigt werden, dass eine neu zusammengesetzte Bundesregierung nach den Wahlen 2021 die Chance hat, einen anderen Politikzyklus einzuführen, der am Beginn der Legislaturperiode und proaktiv auf Herausforderungen reagieren kann.⁵⁰

Hierfür ist der eingangs empfohlene 360°-Krisen-Scan als strategische Vorausschau zu Risiken, Chancen und Handlungsoptionen eine geeignete Grundlage. Er sollte als Dialogprozess an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik regelmäßig eingeführt und genutzt werden, auch um die systemischen Interdependenzen einer globalen SDG Strategie transparent zu machen und zu nutzen.

3.2 Leitungskompetenz für Nachhaltigkeit auf nationaler Ebene einführen, um Potenziale der DNS besser zu nutzen

Die Anforderungen an die Regierungs-Governance zur Nachhaltigkeit sind heute um ein Vielfaches anspruchsvoller als vor zwanzig Jahren, als die Nachhaltigkeitsstrategie mit den politischen Innovationen Nachhaltigkeitsrat und Staatssekretärsausschuss gestartet wurde.

Während der Aufwand an Steuerung, Innovation sowie die häusliche Relevanz gestiegen sind, hat die Bundesregierung ihre Strukturen weitgehend unverändert gelassen. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Sachen Nachhaltigkeit ist indes größer als je zuvor, auch der öffentliche Diskurs wird immer dichter, und nicht zuletzt besteht die wissenschaftliche Evidenz, dass Essgewohnheiten, Mobilitätsverhalten, digitales Arbeiten, digitale Teilhabe und soziale Präferenzen sich ändern, teilweise sogar rasant.⁵¹ Diese Veränderungen hat der „Lockdown“ teils verstärkt und noch einmal deutlich sichtbar gemacht. Ein erfolgreicher Europäischer Green Deal wird diese Trends allem Anschein nach vor allem in der jungen Generation verstärken.

In diesem Zusammenhang hat bereits 2019 der Bundesrechnungshof folgendes formuliert: „Ziel muss sein, dass die Ressorts ihr auf ein Erreichen der Nachhaltigkeitsziele ausgerichtetes Handeln systematisch abstimmen und politisch in Einklang bringen. Dies muss in erster Linie das federführend zuständige Bundeskanzleramt sicherstellen. Das Ressortprinzip darf einem ganzheitlichen Ansatz nicht im Wege stehen.“⁵² Dafür gilt es, die paradoxe Situation einer Konzentration politischer Verantwortung bei gleichzeitig fehlender Ressortkompetenz und weitgehender Mittellosigkeit zu überwinden.⁵³ Im Zuge der Überarbeitung der DNS sollte daher die organisatorische Aufstellung für Nachhaltigkeit des Kanzleramts kritisch analysiert und konkrete Verbesserungen implementiert werden. Es sollte überlegt werden, wie das aktuelle Arrangement gestärkt werden kann, also die gesamt-

hafte Leitungsverantwortung des Chefs des Bundeskanzleramtes/Bundesministers und des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung. Wichtig könnte etwa sein, die Prioritätensetzung bei Befassungen und Entscheidungen transparenter zu machen und mit den Prinzipien⁵⁴ der DNS in Einklang zu bringen. Dazu müsste auch die Verantwortung innerhalb des Bundeskanzleramtes organisatorisch zentraler verankert werden. Modelle hierfür liegen beispielsweise mit dem außen- und sicherheitspolitischen Berater und dem G7/G20 Sherpa vor. Das Kanzleramt könnte dann zuallererst selber sicherstellen, dass sich seine verschiedenen eigenen Abteilungen konsequent an der DNS orientieren und dies gegenüber den jeweiligen Ressorts zum Tragen kommen lassen, insbesondere auch bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes. Eher zusätzlich als alternativ könnte des Weiteren erwogen werden, eine neue Leitungsfunktion unterhalb der Spitze des Amtes (ChefBK) einzusetzen, die die vielfältigen Arbeitsbereiche und Haushaltsressourcen innerhalb des Bundeskanzleramtes sowie der Ressorts mit Blick auf die DNS ko-koordiniert, die die Bundesregierung jetzt zur Nachhaltigkeitspolitik aufwendet bzw. aufwenden sollte. Das könnte als Staatsminister*in oder als Beauftragte*r definiert sein,⁵⁵ ohne dass dies zu einem silohaften Abschieben des Themas führt.

Die vertiefende Diskussion dazu steht jetzt an, auch in der Begleitung durch die Wissenschaft.⁵⁶ Übergreifendes Ziel muss es sein, das Bundeskanzleramt in seiner Kapazität für die Vorgabe von Richtlinien und die operative Führung der Nachhaltigkeitsprozesse innerhalb der Bundesregierung zu stärken, einen verstärkten Austausch mit dem Parlament zu unterstützen sowie die Präsenz in Öffentlichkeit und Multi-Stakeholder Netzwerken zu Nachhaltigkeit weiter zu steigern. Auch gilt es, den Gesetzgebungsprozess und die Haushaltsführung (mit investiven und konsumtiven Ausgaben) noch stärker an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

3.3 Föderale Dynamiken durch die DNS nutzen und Multi-Stakeholder-Initiativen fördern

Systemisch orientierte politische Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg ist zentral zur Stärkung von Krisenfestigkeit und Nachhaltigkeit. Auf Bund-Länder-Ebene etwa war während des „Shut-downs“ und jetzt bei der Lockerung der Maßnahmen zur der Corona-Krise entsprechend zu beobachten, wie die Vorteile der Zusammenarbeit gegenüber föderalen Alleingängen überwiegen können.

Es zeigt sich, wie eine engagierte Bundespolitik mit der Kommunal-⁵⁷ und Landespolitik, der EU-Politik, mit Nachbarländern sowie mit den gesellschaftlichen Kräften aller Art kooperativ umgeht, beziehungsweise umgehen kann.

Die Bundesregierung sollte diese Interaktionen für die DNS systematisch auswerten und föderale Dynamiken langfristig durch die DNS stärken. Die wpn2030 bietet sich an, für die Auf- und Umsetzung einer solchen Analyse mit der Bundesregierung in den Dialog zu treten.

Kommunen stehen beispielsweise aktuell vor der Aufgabe, resilientere Strukturen in Verwaltung, Versorgung, Infrastruktur, Digitalisierung, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Nicht nur, um besser für Pandemien gewappnet zu sein, sondern auch um die großen Transformationsauf-

gaben der Zukunft bewältigen zu können. Ein Austausch über die Erfahrungen vor Ort und zwischen den Kommunen in Deutschland, Europa wie international ist entscheidend für ein übergreifendes Verständnis eines Nachhaltigkeits- und Resilienzmanagements, das den sozial-ökologischen Ausgleich von Lebenslagen in den Blick nimmt. Für die SDGs und deren Umsetzung ist diese Agilität von Kommunen von hoher Bedeutung, gleichzeitig können die SDGs einen Orientierungsrahmen bieten für eine vorsorgeorientierte Resilienzstrategie, die die Kommunen und Menschen reaktionsfähig auf Unvorhergesehenes machen.

Die Wirkung der Förder- und Finanzmittel des Konjunkturpakets und des Europäischen Green Deals für eine „grüne“ Infrastruktur sollte gehandelt werden in den Bereichen Mobilität (Tankstellen, Flottenpolitik, Stadt-Land-Unterschiede⁵⁸), Ökolandbauförderung und Tierwohl⁵⁹, Nachhaltigkeitsmanagement (Kommunen), nachhaltige Lebensstile und Konsum und Digitalisierung für Nachhaltigkeit. Und zwar indem die informellen Automatismen föderaler Gemeinschaftswerke genutzt werden („mehr Nachhaltigkeit pro Euro“) etwa durch eine Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Transformation zu Nachhaltigkeit“.

3.4 Komplementarität des European Green Deal und der DNS nutzen

Mit dem „European Green Deal“ verfolgt die EU-Kommission ein ambitioniertes Programm, das Nachhaltigkeit europaweit einen kräftigen Impuls verleihen kann. Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission die Corona-Krise eher als Beschleuniger und nicht als Bremse für die konsequente Verfolgung ihrer „grünen“ wie digitalen Transformationsagenda versteht. Die Bundesregierung sollte sich insbesondere auch jetzt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft verstärkt einbringen, dies weiter zu konkretisieren⁶⁰ und voranzutreiben. Beispielsweise ist die „Circular

Economy“ und Bioeconomy mit Hilfe des European Green Deals weiter zu forcieren und genauso gegenseitige Lernmodelle zwischen Wirtschaftsregionen und Kommunen der Welt aufzubauen. Das – made in Europe – könnte für eine globale Resilienzstrategie zuträglich sein, dies verbunden mit minimierten Stoffströmen und maximierten Innovationslernkurven. Wie der 2019 Europe Sustainable Development Report zeigt, bietet die Verbindung zentraler europäischer Politikfelder und -anliegen mit den Transformationsaufgaben der Agenda 2030 große Po-

tenziale für die SDG-Erreichung in der EU.⁶¹ Zugleich bietet die Überarbeitung der DNS die Möglichkeit, die Komplementarität von European Green Deal und einer Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen. Beispielsweise will der European Green Deal auf der einen Seite eine politische Dynamik für wesentliche Transformationsfelder entfalten, die auch die wpn2030 für die DNS in der Vergangenheit eingefordert hat.⁶² Auf der anderen Seite könnte der European Green Deal von einer rahmengebenden Nachhaltigkeitsstrategie profitieren, um fehlende Bezüge zu erfassen und nachzubessern (so etwa insbesondere zur Organisation und Förderung bürgerschaftlicher Agenda-Prozesse und zur Verknüpfung mit multilateralen Politikprozessen). In diesem Zusammenhang sollte der europäische Austausch zwischen Expert*innen und leitenden Beamten sowie

zwischen den Vorreiter-Kommunen zur Nachhaltigkeit ausgebaut werden, um strukturell von/für die Weiterentwicklung anderer Regionen zu lernen.

Schließlich sollten die vorhandenen Mechanismen für wissenschaftliche Politikberatung auf EU Ebene (SAM – Science Advisory Mechanism, und SAPEA – die Zusammenarbeit der Akademienetzwerke) stärker auf Transformation zu Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Das ist bislang weder in Besetzung noch in Funktionsweise abgedeckt. Eine stärkere Vernetzung von entsprechenden Gremien auf mitgliedstaatlicher Ebene wie die wpn2030 und die Zusammenarbeit mit den Mechanismen auf EU-Ebene ist weiter voranzubringen.

3.5 Internationale Dimensionen stärken

Die Corona-Pandemie hat nochmals verdeutlicht, wie wirkmächtig globale Interdependenzen für Deutschland sind und wie wichtig es wäre, diese über eine engagierte Nachhaltigkeitspolitik mitzugestalten.⁶³ Auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern macht die Pandemie bei der Armutsbekämpfung oder bei anderen Zielen der Agenda 2030 die Erfolge der letzten Jahre oder gar Jahrzehnte zunichte.⁶⁴

In ihrem Strategiepapier „Für eine wirksame internationale Antwort Deutschlands auf COVID 19“ verpflichtet sich die Bundesregierung, in Partnerländern über Mittel der Entwicklungszusammenarbeit besonders belastete Gesellschaftsgruppen zu unterstützen und sich dabei an der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen zu orientieren.⁶⁵ Das ist zu begrüßen und sollte insgesamt für das multilaterale Engagement Deutschlands gelten, ob im UN- Sicherheitsrat oder im Menschenrechtsrat. Auch das deutsche Engagement in G7 (deutscher Vorsitz 2022) und G20 sollte

sich an den 2019 von einer unabhängigen Wissenschaftler*innengruppe im Rahmen des Welt-nachhaltigkeitsberichts (Global Sustainable Development Reports 2019; GSDR)⁶⁶ empfohlenen transformativen Ansatzpunkten und Hebeln orientieren.⁶⁷ Die Bundesregierung sollte sich zudem überlegen, welche Beiträge und integrierten Maßnahmen sie als Teil des Beschleunigungs- und Aufholprogramms für die SDGs im Kontext der „Decade of Action and Delivery“⁶⁸ leisten will – und sich in ihrer überarbeiteten DNS entsprechend verpflichten.⁶⁹

Auch beim UN High-Level Political Forum (HLPF) wurden im Juli 2020 unter dem Schlagwort „Build Back Better“ integrierte Maßnahmen diskutiert, die sowohl zur Krisenbewältigung und Armutsbekämpfung beitragen als auch zum Klimaschutz und zur Erreichung der anderen Ziele nachhaltiger Entwicklung.⁷⁰ Für das HLPF 2021 sollte ein inklusiver und strategischer Vorbereitungsprozess aufgesetzt werden, um – aufbauend auf die



überarbeitete DNS – einen überzeugenden und ambitionierten freiwilligen nationalen Bericht (Voluntary National Review) der Bundesregierung im kommenden Jahr in New York zu entwickeln. Insbesondere wenn Deutschland gut und nachhaltig aus der Krise herauskommt, dürfte das internationale Interesse am deutschen Bericht und den dort vorgestellten Maßnahmen hoch sein. Ein anhaltend starkes Engagement für internationale Kooperation ist auch für die Entwicklung und den Zugang zu einem Impfstoff notwendig und nicht zuletzt für die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der WHO.⁷¹ Zudem wird der Bundesregierung empfohlen, im Hinblick auf die weltweit aufgelegten „Covid-19 Recovery“-Programme multilateral und bilateral auf Nachhaltigkeitskriterien zu drängen.⁷² Sie sollte auch den Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem Anliegen unterstützen, insbesondere die Low-Income-Countries „post-corona“ mit innovativen Nachhaltigkeitsprojekten zu unterstützen.

Insgesamt sollte das Thema Nachhaltigkeit auch in den bilateralen Beziehungen der Bundesregierung eine größere Rolle spielen. So sollten die Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit

beim Auf- und Ausbau ihrer Wissenschaftseinrichtungen für Nachhaltigkeit stärker unterstützt werden. Genauso sollte die Bundesregierung in den bilateralen Beziehungen mit anderen Industrieländern nachhaltige Entwicklung zu einem zentralen Thema ausbauen, ebenso die EU in ihrer Zusammenarbeit mit anderen regionalen Zusammenschlüssen.

Schließlich könnte die Bundesregierung auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema internationaler Interdependenzen stärken. So könnte beispielsweise im Rahmen eines internationalen Projekts erforscht werden, welche ökologischen, sozialen und ökonomischen Benchmarks zur Erfassung und Bewertung von üblicherweise externalisierten, ökologischen und sozialen Effekten aus der Lieferkette geeignet wären. Hierbei wäre auch zu fragen, ob und wie sich kreislauf- und regionalwirtschaftliche Konzepte, wie sie in Deutschland und der EU diskutiert werden, auf andere Wertschöpfungsk Kooperationen und –netze auswirken (i. S. v. Wissen und Kompetenz statt Stoffströme) und welche alternativen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die bisherigen Lieferländer bestehen.⁷³

Empfehlung 4

Empfehlungen zu beispielhaften Transformationsfeldern

Die Corona-Krise zeigt, dass in zentralen Lebensbereichen ein schneller Wandel prinzipiell möglich ist, wenngleich dies aktuell unter einem externen Schock auf die Gesellschaft erfolgt. Deutschland durchläuft gerade in verschiedenen Feldern umfassende Transformationen (etwa in der Energie- und Agrarpolitik, im Mobilitätssektor, bei der Digitalisierung), die es auch unter Pandemie-Bedingungen fortzuführen gilt, um die Ziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.⁷⁴ Zugleich gilt es, auch neue Herausforderungen anzunehmen und jenes Momentum zu nutzen, das sich aus der Diskussion beispielsweise um die konkrete Ausgestaltung des Green Deal der Europäischen Union und der Periode der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie der Umsetzung des Konjunkturpakets ergeben wird.

Im Folgenden gibt die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 Empfehlungen zur Ausgestaltung beispielhafter Transformationsfelder, die sich aus den Ergebnissen unterschiedlicher Arbeitsprozesse der Plattform speisen. Mit Bezug auf andere zentrale Fragen wie beispielsweise die der Dekarbonisierung bzw. Entfossilisierung, die gegenwärtig nicht von der wpn2030 bearbeitet wird, wird hier auf die jüngste Studie der Leopoldina verwiesen.⁷⁵

4.1 Transformationsfeld „Arbeit“

Empfehlung: Arbeit in all ihren Formen als Querschnittsthema der Nachhaltigkeitspolitik aufgreifen

Eine zentrale Einsicht der Krise ist, dass wir unsere Arbeitswelt anders gestalten müssen, so dass sie der Gesellschaft als Ganzer dient und in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht nachhaltig wirkt.⁷⁶ Die verschiedenen Welten der Arbeit sind eng verwoben und erfordern eine vorausschauende Gestaltung in Richtung Nachhaltigkeit. Nicht nur müssen dafür die Vorstellungen und Konzepte von Arbeit dringend erweitert und Arbeit in all ihren Formen anerkannt werden, es sind auch strukturelle Veränderungen notwendig, um Arbeit als („politische“) Querschnittsaufgabe umfassend und integrativ gestalten zu können.⁷⁷ Man kann die systemischen Wechselwirkungen

auch ex negativo reflektieren: Die Häufung von Corona-Fällen in der Fleischindustrie zeigt exemplarisch, wie schnell schlechte soziale Arbeitsbedingungen und damit verbundene prekäre Lebenslagen zugleich zu einem ökologisch-gesundheitlichen Risikofaktor für alle werden können. Sozialer Ausgleich und Teilhabe, vor allem auch an Bildung⁷⁸, sind wichtige Faktoren für eine hohe Resilienz von Gesellschaften.

Empfehlung: Einen gesamtgesellschaftlichen Austausch zu „systemrelevanten Tätigkeiten“ führen

Durch die in der Pandemie ergriffenen Krisenmaßnahmen stechen gerade jene Arbeitsbereiche und Gruppen besonders hervor, die für das Funktionieren der Gesellschaft von fundamentaler Be-

deutung sind und die teilweise auch besonders vulnerable Gruppen (unter anderem hochbetagte, vorerkrankte Menschen) schützen. Zu den in der Pandemie häufig angesprochenen „systemrelevanten“ Gruppen gehören nicht zuletzt auch Beschäftigte in schlecht entlohnten und unsicheren Erwerbssituationen. Die gesellschaftliche Debatte darum, welche Tätigkeiten gesellschaftlich grundlegend sind (beispielsweise der (mobilen) Pflege- und Betreuungskräfte, der Kurier*innen oder der Fernfahrer*innen), unter welchen Bedingun-

gen sie ausgeübt und wie sie gesellschaftlich bewertet und anerkannt werden, ist im Doppelsinne nachhaltig fortzuführen und in konkrete (Nachhaltigkeits-)Politik zu übersetzen.⁷⁹ Auch hier sind Frauen besonders betroffen, weil die Sorgeökonomie Frauensache geblieben ist und weil Frauen die Mehrzahl der Beschäftigten in vielen systemrelevanten, aber unterbezahlten, Berufen bilden – Pflege, Kita/Schulen, Einzelhandel, Reinigungsdienste, Gesundheitswesen.

4.2 Transformationsfeld „Digitalisierung“

Empfehlung: Digitalisierung als Querschnittsthema der Nachhaltigkeitspolitik weiterentwickeln

Die Corona-Krise wirft auch ein Schlaglicht auf die Digitalisierung: Die digitale Transformation war schon vor der Corona-Krise eine dringende Herausforderung und ist nun in bestimmten Bereichen einen deutlichen Schritt vorangekommen. Um stärker vom reaktiven Handeln hin zu vorausschauender Gestaltung der Digitalisierung im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu kommen, ist ein Verständnis von Digitalisierung als Querschnittsaufgabe der Nachhaltigkeitspolitik notwendig.⁸⁰ Auch die Ambivalenzen der Digitalisierung beispielsweise hinsichtlich der Ziele von nachhaltigem Konsum müssen systematisch reflektiert und beachtet werden. Vor uns liegt die wichtige Aufgabe, den kommenden Digitalisierungsschub essentiell mit Nachhaltigkeitsfragen zu verknüpfen, so etwa beim Einsatz von IT in der effizienten Steuerung sparsamer Stoff- und Energieflüsse (beispielsweise intelligente Stromnetze⁸¹ und Mobilität) und in Verbindung mit Prinzipien von Green IT und einer recyclingorientierten E-waste-Strategie. Hier kann Deutschland Vorreiter sein. Neben der ökologischen Dimension stellen sich auch Fragen der (ungleichen) Verfügbarkeit und Teilhabe an digitalen Infrastrukturen und Diensten.⁸²

Empfehlung: Eine ganzheitliche Strategie für die Digitalisierung der Bildung und der Arbeitswelt in der DNS verankern

Um Chancengleichheit und digitale Inklusion zu ermöglichen, gilt es, digitale Bildung und digitales Lernen nachhaltig und stärker in der Schule zu verankern.⁸³ Denn es ist nicht zu vergessen, dass auch Ausgrenzung eine mögliche Folge von nicht nachhaltiger Digitalisierung sein kann.⁸⁴ Das Bestreben sollte sein, eine bessere Synchronisation von menschlichen Bedürfnissen und den Potenzialen der Digitalisierung zu erreichen, beispielsweise bezogen auf die Art und Weise, wie wir zukünftig arbeiten wollen und werden und wie wir auch energetisch, stofflich sowie sozial- und ordnungspolitisch nachhaltige Formen der Digitalisierung finden. Dies kann nur durch mündige und digital gebildete Menschen geschehen.⁸⁵ Im Sinne der Nachhaltigkeitspolitik gilt es, die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung an den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu orientieren, dies insbesondere auch für die Digitalisierung der Bildung und Arbeitswelt umzusetzen.

4.3 Transformationsfeld „Konsum und Produktion“

Empfehlung: Die Chance nutzen, Lieferketten jetzt resilient zu gestalten – Produktions- und Konsumstrukturen anpassen

Die Corona-Krise verbreitet Schockwellen in die Produktion und den Konsum von Waren und Dienstleistungen. Es gilt jetzt die Lieferketten resilient zu gestalten und negative Externalitäten von Arbeit und Produktion in Deutschland so weit wie möglich von vornherein zu vermeiden, aber dabei auch die Aspekte nicht nachhaltiger internationaler Lieferketten nicht zu vernachlässigen. Corona hat beispielsweise wegen der Lockdown-Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern die Risiken der Kinderarbeit und sozial nicht akzeptabler Entlohnung erhöht. Nachhaltigkeit muss entlang der globalen Wertschöpfungs- bzw. Lieferketten (ebenso wie entlang der mittlerweile ebenso globalen „care chain“) sichergestellt werden – und dafür müssen belastbare konzeptionelle Grundlagen entwickelt werden, die bislang aber noch fehlen.⁸⁶ Die UN-Leitlinien Wirtschaft und Menschenrechte bieten dafür den internationalen Rahmen, der durch die Bundesregierung politisch umgesetzt werden muss.⁸⁷

Zugleich zeigt der Zeitraffer der Corona-Krise auch auf, welche positiven, SDG-relevanten Zusatznutzen sich durch mehr Nachhaltigkeit erschließen ließen (etwa Verbesserung der Luftqualität in Städten⁸⁸). Somit eröffnet die Krise auch ein Möglichkeitsfenster „für eine konzentrierte politische und gesellschaftliche Diskussion, wie wir als Gesellschaft unseren Konsum so gestalten können, dass ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.“⁸⁹ Hier müssen global vernetzte, regionalwirtschaftlich organisierte Wertschöpfungsnetze kooperieren,

um möglicherweise arbeitsteilig gegenseitig Kompetenzen und Wissen zu entwickeln, die vor Ort in geeignete Wertschöpfungsprozesse mit Blick auf die SDGs übersetzt werden können.

Empfehlung: Digitalisierung von Produktion und Konsum nachhaltiger ausgestalten

Auch mit Bezug zu Produktion und Konsum zeigt sich abermals die Notwendigkeit, die Digitalisierung umfassend im Zuge der Weiterentwicklung der DNS und der deutschen Nachhaltigkeitspolitik nachhaltiger auszugestalten.⁹⁰ Online-Handel und Online-Dienste (beispielsweise Streaming-Angebote) werden auch nach der Überwindung der Pandemie bedeutsam bleiben und erfordern eine nachhaltigere Ausgestaltung.⁹¹ Die Corona-Krise ermahnt dazu, das Verhältnis von lokaler, regionaler und globaler Produktion/Wertschöpfung, inklusive der Rolle von Vorratshaltung, sowie der Lebensstile und der damit verbundenen Konsummuster zu hinterfragen.

Produktions- und Konsummuster bedingen einander und müssen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsfunktion im System hinterfragt und nachhaltig aufgestellt werden (z. B. wie lässt sich eine Sharing-Economy oder auch eine Circular- und Bio-Economy global nachhaltig entwickeln?).

Die Pandemie-Periode ist darüber hinaus auch Hinweisgeberin, wohin es mit mehr Suffizienz in Produktion und Konsum gehen könnte: Einige Bedürfnisfelder werden hinterfragt (zum Beispiel der Umfang von Dienstreisen), bei gleichzeitig stärkerer Betonung anderer Bedürfnisfelder (zum Beispiel Qualität sozialer Kontakte, aber auch stärkerer digitaler Konsum).



4.4 Transformationsfeld „Mobilität“

Empfehlung: Transformation des Verkehrssektors mit Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Effizienzsteigerung voranbringen

Die Corona-Krise zeigt, dass die notwendigen Schritte der Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und der Effizienzsteigerung prinzipiell machbar sind, auch unter heutigen technologischen Rahmenbedingungen.⁹² Die Vermeidung von Verkehren ist mit flankierenden Maßnahmen weiter zu forcieren, etwa durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur oder Videokonferenzen. Die Corona-Krise zeigt, dass ein erkennbarer Wandel Richtung Verkehrsverlagerung möglich ist, zum Beispiel durch den beschleunigten Ausbau der Radwegeinfrastruktur. Sie zeigt aber auch Risiken der Verlagerung zum, als sicherer wahrgenommenen, motorisierten Individualverkehr zuungunsten des ÖPNV auf. Hier muss der dringend notwendige Umbau der Städte hin zu mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität und gesundheitsfördernden Fortbewegungsarten in den Blick genommen werden.⁹³

Die dringend notwendige Dekarbonisierung beziehungsweise Entfossilisierung des Verkehrssektors ist auch mit heutigen technischen Möglichkeiten gut möglich. Dazu finden sich im Konjunkturprogramm der Bundesregierung bereits einige Impulse, etwa ein weiterer Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität oder zur Wasserstoffstrategie. Die Pandemie zeigt aber auch erhebliche Lücken auf, die es zu schließen gilt, so beispielsweise hinsichtlich des zu wenig forcieren Bahn-Hochgeschwindigkeitsverkehrs zwischen europäischen Zentren/Metropolen.

Quellen & Verweise

- 1 wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019). Bitte Wenden! Wissen(schaft) für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands. Eine kritische Reflexion der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 anlässlich der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/wpn2030-Relaxionspapier2019.pdf> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
- 2 Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2020). Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf (letzter Zugriff: 18.07.2020).
- 3 Jürgen Renn (2020). The Evolution of Knowledge. Rethinking Science for the Anthropocene. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- 4 Rat für nachhaltige Entwicklung (2020a). Nachhaltige Lieferketten. Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrats zu einer wirksamen Verankerung von Nachhaltigkeit und Menschenrechten in globalen Lieferketten. Verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/05/20200513_RNE-Stellungnahme_Nachhaltige_Lieferketten.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020)
- 5 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 20-21.
- 6 Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 13-14. So u. a.: „Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass der systemische Blick in dieser Konzeption vernachlässigt wird, etwa über die Wechselwirkungen von Gesundheit, Klimawandel, sozialem Zusammenhalt und ökonomischer Tragfähigkeit. Die Folgen des Lockdowns zeigen weiterhin, dass klassische strategische Konzepte, insbesondere Suffizienz und Subsistenz, bei der Konzeption von Nachhaltigkeit vernachlässigt werden und dass systemische Kategorien wie Resilienz und Vulnerabilität bisher bei der Diskussion der Konzeption von Nachhaltigkeit eine nachrangige Rolle spielten.“ Siehe dazu auch Kathrin Böhling (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 28
- 7 Vgl. Lars Brozus (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 28-29.
- 8 Vgl. Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64; Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 34-35. Markus Vogt (2019). Ethik des Wissens: Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels. München: oekom.
- 9 Vgl. dazu beispielhaft wpn2030 (2020). Interview mit Steffen Augsberg über wissenschaftliche Politikberatung in der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-steffen-augsberg/> (letzter Zugriff: 20.07.2020). Zudem wpn2030 (2019), S. 31-34
- 10 Pia-Johanna Schweizer (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 66-67.
- 11 Dazu jetzt auch United Nations Environment Programme and International Livestock Research Institute (2020): Preventing the Next Pandemic: Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission. Nairobi, Kenya. Verfügbar unter: <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/32316/ZP.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (letzter Zugriff: 07.07.2020).
- 12 Kate E. Jones et al. (2008). Global trends in emerging infectious diseases. *Nature* 451, 990-993. Verfügbar unter: <https://www.nature.com/articles/nature06536> (letzter Zugriff: 03.08.2020). Linfa F. Wang, Gary Cramer (2014). Emerging zoonotic viral diseases. *Revue scientifique et technique* 33 (2): 569-81. Speziell zu Covid-19: Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019 (COVID-19). Verfügbar unter: <https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/who-china-joint-mission-on-covid-19-final-report.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Philippe J. Sansonetti (2020). COVID-19, chronicle of an expected pandemic, *EMBO Molecular Medicine* 12: e12463. Yashpal Singh Malik et al. (2020). Emerging novel coronavirus (2019-nCoV)—current scenario, evolutionary perspective based on genome analysis and recent developments. *Veterinary Quarterly* Volume 40 (1): 68-76. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01652176.2020.1727993> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Mark Everard et al. (2020). The role of ecosystems in mitigation and management of Covid-19 and other zoonoses. *Environmental Science & Policy* 111: 7-17. Verfügbar unter: <https://europepmc.org/article/pmc/pmc7247996> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Henrik F. Lorentzen et al. (2020). COVID-19 is possibly a consequence of the anthropogenic biodiversity crisis and climate changes. *Danish Medical Journal* 67 (5): A205025. Verfügbar unter: https://ugeskriftet.dk/files/scientific_article_files/2020-04/a205025_web.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020). Vgl. schließlich die Beiträge aus der Online-Konsultation: Lydia Wallerer (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 24. Kathrin Herrmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 45-47.
- 13 Vgl. Christoph Rosol, Jürgen Renn, Robert Schlögl (2020). Der Schock hat System. *Süddeutsche Zeitung* vom 15. April 2020. Auch verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/renn-rosol-schloegl-corona/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 14 Sarah Whitmee et al. (2015). Safeguarding human health in the Anthropocene epoch: report of The Rockefeller Foundation-Lancet Commission on planetary health. *Lancet* 386: 1973-2028. Verfügbar unter: <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S0140-6736%2815%2960901-1> (letzter Zugriff: 01.08.2020). John H. Amuasi et al. (2020). Calling for a COVID-19 One Health Research Coalition. *The Lancet Correspondence* 395 (10236): 1543-1544. See also: https://www.onehealthcommission.org/en/news/covid19_and_one_health/.
- 15 Vgl. Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 15-16.
- 16 SDSN Germany (2020a). Nachhaltigkeitspolitik im Krisenmodus, S. 4f. Verfügbar unter: https://www.die-gdi.de/fileadmin/user_upload/pdfs/dauerthemen_spezial/20200604_Nachhaltigkeitspolitik_im_Krisenmodus_SDSN_Germany.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 17 Siehe zu den sozialen Dynamiken während der Corona-Krise auch: wpn2030 (2020). Interview mit Stefan Liebig zu sozio-ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-stefan-liebig/> (letzter Zugriff: 30.07.2020). Ferner zu einem neuen SOEP-Forschungsprojekt „Was sind die sozialen Folgen der Corona-Pandemie?“. https://www.diw.de/de/diw_01c.759389.de/nachrichten/neues_soep-forschungsprojekt__was_sind_die_sozialen_folgen_der_corona-pandemie.html
- 18 Siehe Jürgen Renn (2020). In eine ähnliche Richtung deutet auch der Beitrag von Marie-Luise Abshagen (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 60. „Wissenschaft hat Verantwortung“, ein Beispiel für die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik sowie Gesellschaft.
- 19 Siehe dazu auch Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64: Es ist „jetzt an der Politik zu signalisieren, dass sie ihre Zusage seit Beginn der Lockdown-Maßnahmen in Deutschland, man werde sich bei Entscheidungen eng an die Empfehlungen der Wissenschaft halten, entschlossen auf die Zeit nach Corona überträgt oder aber sich erklärt, warum sie in Bezug auf die Corona-Krise so anders handelt als im Hinblick auf die Klimakrise.“
- 20 Vgl. Vera Clemens, Jörg M. Fegert (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 10-11.
- 21 Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung betont ebenso die Wichtigkeit wissenschaftlicher Lösungsan-

- sätze, z. B. die der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Vgl. Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PbNE) (2020). Impulspapier des PbNE zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie –Neuaufgabe 2020, S. 7. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/687324/075fd6d0bf678d48414c5d17347948ee/impulspapier-Weiterentwicklung-der-DNS-data.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 22 Bundesregierung (2016). Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuaufgabe 2016, S. 49. Dieses Angebot der Bundesregierung an die Wissenschaft hat die wpn2030 nach ihrer Einrichtung in einem Positionspapier aufgegriffen und weiterentwickelt, siehe: wpn2030 (2017). Wissen für nachhaltigen Wandel erarbeiten, vermitteln, nutzen. Was die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 erreichen will. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2018/09/Positionspapier-wpn2030.pdf> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 23 Vgl. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 67-68. Verschiedene weitere Beiträge äußern sich zu diesem Komplex, wie Marie-Luise Abshagen (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 60; Jürgen Kruse (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 66; Klaus Reuter (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 53-54; Jörg Göpfert (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 61-63; und mit Bezug auf (Hochschul-) Bildung Julia Krause (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 64-66 und Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 67-68 (vor allem mit Bezug auf die UNESCO-Lehrstühle).
 - 24 Vgl. Beirätedialeg 2019: wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Beirätedialeg 2019: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020 (verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/02/Beir%C3%A4tedialog-2019-Bericht.pdf>, letzter Zugriff: 15.07.2020) sowie die von der wpn2030 durchgeführten Interviews der Vertreter wissenschaftlicher Beiräte im Kontext Corona (verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/corona-und-nachhaltigkeit/>, letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 25 Darauf verweisen u. a. SDSN Germany 2020a und verschiedene Arbeitsprozesse zur DNS, z. B. Beirätedialeg 2019, aber auch der Bundesrechnungshof (2019). Abschließende Mitteilung an das Bundeskanzleramt über die Prüfung der nationalen Umsetzung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen - Agenda 2030. Verfügbar unter: <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/pruefungsmittelungen/langfassung-2019/2019-pm-nationale-umsetzung-der-ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung-der-vereinten-nationen-agenda-2030-pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 26 In eine ähnliche Richtung argumentiert SDSN Germany, indem es die Bundesregierung auffordert, „die Nachhaltigkeitsstrategie 2021 zu einem Instrument und Ausdruck der Mitgestaltung der Krisenbewältigung in Deutschland und darüber hinaus (zu) machen“. SDSN (2020a), S. 4.
 - 27 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 20-21; siehe dazu auch Axel Schaffer, Eva Lang, Susanne Hartard (Hg.) (2014). Systeme in der Krise im Fokus von Resilienz und Nachhaltigkeit, Marburg: Metropolis.
 - 28 Markus Reichstein (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 19.
 - 29 Vgl. dazu auch das Interview mit Dennis Snower, der mit Bezug auf die Wirtschaft die Differenz zwischen einem auf (pure) Effizienz ausgerichteten System und einem System der Resilienz skizziert. wpn2030 (2020). Interview mit Dennis Snower über Corona, Nachhaltigkeit und sozio-ökonomische Herausforderungen. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-dennis-snower/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 30 Siehe dazu etwa Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 15-16, die das Konzept von „human security“ als Erweiterung des Nachhaltigkeitskonzeptes vorschlägt.
 - 31 Burkhard Horn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 47 sowie zum Thema „Post-Corona-Stadt“: Uwe Schneide-wind et al. (2020). „Näher“ – „Öffentlicher“ – „Agiler“: Eckpfeiler einer resilienten „Post-Corona-Stadt“. Diskussionspapier. Abrufbar unter: <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Post-Corona-Stadt.pdf> (letzter Zugriff: 03.07.2020).
 - 32 Die Bedeutung nachhaltiger Daseinsvorsorge unterstreicht u.a. der Nachhaltigkeitsrat (RNE): Rat für Nachhaltige Entwicklung (2020b). Empfehlung: Raus aus der Corona-Krise im Zeichen der Nachhaltigkeit. Verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/05/20200513_RNE_Empfehlung_Raus_aus_der_Krise_im_Zeichen_der_Nachhaltigkeit.pdf (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 33 Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 63-64.
 - 34 Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 34-36: „Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung ein funktionsfähiger Staat und eine verlässliche Daseinsvorsorge haben.“
 - 35 Vgl. Hightech Forum, Innovationspolitik nach der Corona-Krise: Sieben Leitlinien für neues* Wachstum. Verfügbar unter: https://www.hightech-forum.de/wp-content/uploads/2020_hightech-forum_innovationspolitische_leitlinien.pdf (letzter Zugriff: 15.07.2020).
 - 36 Vgl. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 56. wpn 2030 (2020). Interview mit Marion A. Weissenberger-Eibl zu Potenzialen der Corona-Krise. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/weissenberger-eibl-zur-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch den Bericht des internationalen Forschungsnetzwerks The World in 2050: The World in 2050 (2020). Innovations for Sustainability. Pathways to an efficient and post-pandemic future. Report prepared by The World in 2050 initiative. International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA), Laxenburg, Austria. Verfügbar unter: <http://pure.iiasa.ac.at/id/eprint/165331/TWI2050-web.pdf> (Zugriff: 05.08.2020).
 - 37 Ortwin Renn (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 20-21, Benjamin Nölting (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 34-35. Marion A. Weissenberger-Eibl, Andre Almeida, Fanny Seus (2019). A Systems Thinking Approach to Corporate Strategy Development. Systems 7 (1), 16. Verfügbar unter: <https://www.mdpi.com/2079-8954/7/1/16> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 38 Vgl. Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS) (2020). Klimapolitische Anforderungen an die Konjunkturpolitik in der Coronakrise, S. 6. Verfügbar unter: <https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-07/WPKS-Corona-Konjunktur.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
 - 39 Vgl. wpn2030 (2020): Interview mit Dennis Snower. Christine Volkmann (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 67-68; Beiträge zur Online-Konsultation blicken zudem kritisch auf Konjunktur(-pakete), wenn diese alte, nicht-nachhaltige Pfade fortschreiben, so etwa Tilman Santarius (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 21-22; Norbert Rost (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 54-55.
 - 40 Vgl. Manfred Fischedick et al. (2020): Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe: viele gute Impulse, aber Nachbesserungen für nachhaltige Wirkung erforderlich? Eine erste Bewertung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes. Abrufbar unter: <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Corona-Konjunkturmassnahmen.pdf> (letzter Zugriff: 07.07.2020).
 - 41 Vgl. Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0852&from=DE> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch: SDSN Germany (2020a) oder RNE (2020b).
 - 42 Doris Fuchs (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S.

- 11-12; Grischa Beier (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 40-42; Jens S. Dangschat (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 42-44.
- 43 Siehe dazu auch SDSN Germany (2020b): Fünf Vorschläge zur strukturellen Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Verfügbar unter: https://www.die-gdi.de/fileadmin/user_upload/pdfs/dauerthemen_spezial/20200303_StN_DNS_SDSN_Germany_03.03.2020.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 44 SDSN Germany (2020a), S. 1.
- 45 Siehe dazu auch die Kernempfehlung 1 des wpn2030 Reflexionspapiers 2019: wpn2030 (2019), S. 13ff.
- 46 wpn2030 (2019). Empfehlungen an den Staatssekretärsausschuss Nachhaltige Entwicklung von der Arbeitsgruppe „Mobilität“ der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Verfügbar unter: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Empfehlungen-AG-Mobilit%C3%A4t_Wissenschaftsplattform.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020) sowie der Beitrag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen des Beiräte-Dialog 2019: wpn2030 – Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2020). Beiräte-Dialog 2019: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020, S. 20ff. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/02/Beir%C3%A4tedialog-2019-Beiricht.pdf> (letzter Zugriff: 18.07.2020).
- 47 Vgl. auch SDSN Germany (2020a). Vgl. auch die Dokumentation zweier Online-Workshops der wpn2030 in Kooperation mit SDSN Germany im Kontext des Beiräte-Dialogs 2020 und mit Bezug auf die Verbindungen zwischen Nachhaltigkeit und Gesundheit, verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/beirae-im-gespraech/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 48 Vgl. Benjamin Nöbling (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 52-53. Christa Liedtke et al. (2015). User-integrated innovation in Sustainable Living Labs: an experimental infrastructure for researching and developing sustainable product service systems. *Journal of Cleaner Production* 97: 106-116. Niko Schäpke et al. (2018). Labs in the Real World: Advancing Transdisciplinary Research and Sustainability Transformation. *Mapping the Field and Emerging Lines of Inquiry*. GAIA 27 S1: 8-11. Ein Projekt, das sich mit sozialen Innovationen befasst, die in der Corona-Krise entstanden sind bzw. entstehen, ist verfügbar unter: https://www.dbu.de/2985ibook82940_38647_.htm. Mit Bezug auf die DNS entwickelt die wpn2030 gegenwärtig ihr Format der „DNS-Labs“: Siehe als erste Hintergrundstudie dazu: Di Giulio, Antonietta & Defila, Rico (2020): Charakterisierung eines kompakten, transdisziplinären und transformationsorientierten Dialogformats für die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen, Studie für die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030. Basel: Universität Basel. Verfügbar unter: https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2020/07/DNS-Lab_Studie_2020.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 49 Siehe dazu beispielhaft aus der Online-Konsultation die umfassenden Beiträge vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) von Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 44-45
- 50 In ähnlicher Weise fordert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung: „Der PBN e fordert die Bundesregierung dazu auf, zu Beginn jeder Legislaturperiode eine umfassende Bestandsaufnahme zur Umsetzung und Erreichung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorzunehmen.“ PBN e (2020), S. 4. Unterstützt wird dieser Vorschlag von SDSN Germany (2020a), S. 7.
- 51 Vgl. Jens S. Dangschat (2020): Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 42-44; Jan Christian Polanía Giese et al. (2019). Assessment report: Impacts of the digital transformation on consumption and their impacts for implementing the German Sustainable Development Strategy in, with and by Germany. Report to the Science Platform Sustainability 2030. Berlin/Wuppertal: adelphi/Wuppertal Institut. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Studie-Konsum-1.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020). wpn2030 - Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019). Abschlussbericht Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Konsum“. Wissenschaftlicher Impuls für politische Akteure: Zur (Weiter-)Entwicklung transformativer Strategien für nachhaltigen Konsum. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/12/Abschlussbericht-AG-Konsum.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 52 Bundesrechnungshof (2019), S. 5.
- 53 SDSN Germany (2020b).
- 54 Zu den neuen Prinzipien der DNS siehe die Aktualisierung der DNS 2018: Bundesregierung (2018). Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/1559082/a9795692a667605f652981aa9b6cab51/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-aktualisierung-2018-download-bpa-data.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 55 Siehe dazu auch den Beitrag von Rüdiger Kruse (2019). Nachhaltigkeit braucht einen anderen Stellenwert in der Politik. *Handelsblatt* vom 12.8.2019. Verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-nachhaltigkeit-braucht-einen-anderen-stellenwert-in-der-politik/24895432.html?ticket=ST-196006-4kegg-GEmaUS6BUZ4XuC5-ap3> (letzter Zugriff: 05.08.2020). Siehe dazu auch die umfangreichen Analysen von Basil Bornemann zur DNS als Instrument der Policy-Integration für Nachhaltigkeit: Ders. (2014). *Policy-Integration und Nachhaltigkeit: Integrative Politik in der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung*. Wiesbaden: Springer.
- 56 Siehe dazu neben dem Reflexionspapier der wpn2030 (2019) die SDSN Germany Stellungnahme (2020a) auch das Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), insbesondere mit Bezug auf Gesetzgebungsverfahren. SRU (2020). Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Verfügbar unter: https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Entschlossene_Umweltpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=28 (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 57 Vgl. Norbert Rost (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 54-55. Vgl. zur Einrichtung von „Entwicklungsbeiräten“: SDSN Germany (2020a), S. 6.
- 58 Vgl. den Beitrag von Bernd Holznapel (vom Wissenschaftlichen Arbeitskreises für Regulierungsfragen der Bundesnetzagentur) im Rahmen des Beiräte-Dialogs 2019: wpn2030 (2020). Beiräte-Dialog 2019, S. 20f.
- 59 Vgl. den Beitrag des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz und Wissenschaftlichen Beirats für Biodiversität und Genetische Ressourcen beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Beiräte-Dialogs 2019, S. 47f.
- 60 Siehe dazu auch Leopoldina (2020b): *Energiewende 2030: Europas Weg zur Klimaneutralität*. Verfügbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_Energiewende_2030_Final.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 61 SDSN & IEEP (2019). *The 2019 Europe Sustainable Development Report. Sustainable Development Solutions Network and Institute for European Environmental Policy*: Paris and Brussels. Verfügbar unter: https://s3.amazonaws.com/sustainable-development-report/2019/2019_europe_sustainable_development_report.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 62 wpn2030 (2019), S. 13-17.
- 63 Siehe dazu auch wpn2030 (2020): Interview mit Dennis Snower, der die vielfachen Interessen der Bundesrepublik an globaler Kooperation und folglich an einer ambitionierten (globalen) Nachhaltigkeitspolitik unterstreicht.
- 64 So der aktuelle SDG-Bericht des UN-Generalsekretärs: *United Nations (2020). Progress towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary-General*. Verfügbar unter: <https://unstats.un.org/sdgs/report/2020/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2020.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 65 Vgl. hierzu: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2354908/beaae8e42d0640f6a70c4dc0e74c6adf/covid19-data.pdf>. Siehe

- auch das Briefing des Global Policy Forum "Corona und die SDGs. Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele" (Mai 2020).
- 66 Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General, Global Sustainable Development Report 2019: The Future is Now – Science for Achieving Sustainable Development, New York: United Nations. Verfügbar unter: https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/24797GSDR_report_2019.pdf (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 67 Vgl. Imme Scholz et al. (2020). T20 Policy Brief: Dealing with interlinkages – a focused approach for implementing the SDGs and overcoming the COVID-19 crisis. Verfügbar unter: <https://zenodo.org/record/3900571#.Xwm-x-dCQ2w> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 68 Siehe auch die Politische Erklärung, die von den Staats- und Regierungschefs beim SDG-Gipfel im September 2019 verabschiedet wurde (<https://undocs.org/en/A/RES/74/4>), mitsamt den zehn eingegangenen Verpflichtungen.
- 69 Siehe auch das Papier vom Forum Umwelt und Entwicklung (2020). Kernforderungen zur Aktionsdekade 2020-2030. Verfügbar unter: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2020/04/Kernforderungen_SDG-Aktionsdekade_ForumUmweltundEntwicklung.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2020).
- 70 Siehe u. a. zum HLPF das Interview mit Marianne Beisheim: wpn2030 (2020). Interview mit Marianne Beisheim über Auswirkungen der Corona-Krise aufs HLPF. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-marianne-beisheim-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 71 Siehe SWP-Themendossier zur Covid-19-Krise, beispielsweise der Beitrag von Marco Overhaus und Maïke Voss zur WHO. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/corona-krise/#Coronalnhalt> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 72 Siehe beispielsweise auch Cameron Hepburn et al. (2020). Will COVID-19 fiscal recovery packages accelerate or retard progress on climate change? Verfügbar unter: <https://www.smithschool.ox.ac.uk/publications/wpapers/workingpaper20-02.pdf> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 73 Siehe dazu auch RNE (2020a).
- 74 Vgl. u. a. RNE (2020b), S. 1. Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2020). Hightech Forum (2020). Umweltbundesamt, Nachhaltige Wege aus der Wirtschaftskrise. Umwelt und Klima schützen, Beschäftigung sichern, sozialverträgliche Transformation einleiten. BUND et al. (2020). Konjunkturpapier: Die Krisen nachhaltig überwinden und eine resiliente Gesellschaft entwickeln. Forderungen der Umweltverbände zu Konjunkturlösungen im Rahmen der Corona-Krise.
- 75 Vgl. Leopoldina (2020b).
- 76 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Lisa Herzog über die Corona-Krise, Nachhaltigkeit und die Rolle der Wissenschaft. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/lisa-herzog-zu-corona-und-nachhaltigkeit/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 77 Vgl. Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.).
- 78 Vgl. Philipp Thomas (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 55.
- 79 Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.).
- 80 Vgl. WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2019). Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Berlin: WBGU. Verfügbar unter: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> (letzter Zugriff: 15.07.2020).
- 81 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Karsten Bourwieg über die Corona-Krise, Energieversorgung und Nachhaltigkeit. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-karsten-bourwieg-corona-krise/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 82 Vgl. Susanne Dehmel et al. (2020). Die Wirksamkeit der Corona-Warn-App wird sich nur im Praxistest zeigen. Der Datenschutz ist nur eine von vielen Herausforderungen. Veröffentlichungen des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen. Berlin: Sachverständigenrat für Verbraucherfragen. Verfügbar unter: <https://www.svr-verbraucherfragen.de/dokumente/die-wirksamkeit-der-corona-warn-app-wird-sich-nur-im-praxis-> test-zeigen-der-datenschutz-ist-nur-eine-von-vielen-herausforderungen/ (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 83 Vgl. Hightech Forum (2020).
- 84 Vgl. wpn2030 (2020): Interview mit Ute Klammer über Corona und die wissenschaftliche (Sozial-) Politikberatung. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/ute-klammer-zu-corona-und-nachhaltigkeit/> (letzter Zugriff: 01.08.2020).
- 85 Vgl. wpn2030 (2020). Interview mit Bernd Holznapel zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die digitale Vernetzung. Verfügbar unter: <https://www.wpn2030.de/interview-mit-bernd-holznapel/> (letzter Zugriff: 05.08.2020).
- 86 Vgl. Abschlussbericht AG Zukunft der Arbeit der wpn2030 (i. E.) und Julia Krause (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 16.
- 87 Rudolf Voller (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 24 und S. 57; Gabriele Köhler (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 47-49.
- 88 Kathleen Mar, Erika von Schneidmesser (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 50-52.
- 89 Doris Fuchs (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 11-12.
- 90 Vgl. Polanía Giese et al. (2019).
- 91 wpn2030 (2019). Abschlussbericht Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Konsum“ und Grisca Beier (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 40-42.
- 92 Vgl. wpn2030 (2019). Empfehlungen an den Staatssekretärsausschuss Nachhaltige Entwicklung der AG Mobilität.
- 93 Hartmut Balder (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 9; Jens S. Dangschat (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 42-44; siehe auch Busso Grabow et al. (2020). Ergebnisse Online-Konsultation 2020, S. 30-31.

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Die Plattform

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik reflektiert und diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Plattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Träger der Plattform sind SDSN Germany, DKN Future Earth und das IASS Potsdam

Mitglieder des Lenkungskreises

Günther Bachmann, Marianne Beisheim, Jetta Frost, Jörg Hacker, Reiner Hengstmann, Thomas Holtmann, Daniela Jacob (Co-Vorsitzende), Adolf Kloke-Lesch (ex officio), Stephan Lessenich, Christa Liedtke (Co-Vorsitzende), Kai Lindemann, Karsten Löffler, Klaus Milke, Alexander Müller, Patrizia Nanz (Co-Vorsitzende), Jürgen Renn, Ulrike Schell, Falk Schmidt (ex officio), Dennis Snower, Sebastian Sonntag (ex officio), Olaf Tschimpke, Markus Vogt, Joachim von Braun, Hilmar von Lojewski, Marion A. Weissenberger-Eibl

Redaktion

Falk Schmidt, Konar Mutafoğlu, Bastian Strauch

VSidP

Prof. Daniela Jacob
Prof. Christa Liedtke
Prof. Patrizia Nanz

Kontakt

Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
Falk Schmidt, Leiter Geschäftsstelle
c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS Potsdam)
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
Tel.: +49-331-28822-456
info.wpn2030@iass-potsdam.de
www.wpn2030.de
twitter.com/wpn2030

Wissenschaftliche Trägerorganisationen

